



## Den Einsatz von Glyphosat beenden und eine nachhaltigere Landwirtschaft aufbauen

*Verabschiedet im EFFAT-Exekutivausschuss am 1. Juni 2021*

### ZENTRALE BOTSCHAFTEN

- EFFAT fordert das sofortige Verbot von Glyphosat als Wirkstoff in Herbizidprodukten im Erneuerungsprozess, der voraussichtlich im Jahr 2022 endet. Die oberste Priorität von EFFAT ist der Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Landarbeitern/innen sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Forderung von EFFAT nach einem Verbot stützt sich auf die zunehmenden Beweise für die Toxizität für die menschliche Gesundheit, die Karzinogenität und die endokrinschädlichen Eigenschaften im Zusammenhang mit der Verwendung von Glyphosat sowie die schädlichen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Umwelt und die Ökosysteme.
- EFFAT fordert EFSA, ECHA, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass der Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Landarbeitern/innen als eine der Hauptprioritäten bei der bevorstehenden wissenschaftlichen Bewertung berücksichtigt wird, die für den Erneuerungsprozess von Glyphosat als Wirkstoff maßgeblich sein wird. EFSA und ECHA sollten bei ihren Bewertungen veröffentlichten, von Experten begutachteten und unabhängigen Studien Vorrang einräumen. Die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft müssen angemessen informiert und konsultiert werden.
- Eine neue nachhaltige Landwirtschaft ist möglich, aber sie braucht politischen Willen, eine effektive Steuerung und einen klaren Fahrplan. Alternativen zum Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Chemikalien existieren bereits und müssen weiter gefördert werden. Dazu gehören agronomische Praktiken, mechanische und biologische Unkrautbekämpfung, Weidehaltung von Tieren und der Einsatz von natürlichen Herbiziden. Glyphosat darf nicht durch andere gefährliche Chemikalien ersetzt werden. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten sollten verstärkt in die Forschung und die Entwicklung von nachhaltigem Pflanzenschutz und nicht-chemischen Alternativen investieren.
- Die Gewerkschaften müssen voll in den Übergang zu einem nachhaltigen Landwirtschaftsmodell ohne Glyphosat und andere schädliche Pestizide einbezogen werden. Sozialer Dialog und Tarifverhandlungen sollten weiter gestärkt werden, um ein effektives Instrument während des gesamten Übergangs zu werden. Bestehende Arbeitsplätze müssen geschützt und neue hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Investitionen in Qualifikation, Ausbildung und einen angemessenen sozialen Schutz für Landarbeiter/innen sollten Priorität haben. Landwirte sollten bei der Anpassung ihrer Praktiken unterstützt werden.
- Das Verbot von Glyphosat in der EU wäre nur ein erster Schritt in Richtung einer nachhaltigeren Landwirtschaft, aber es ist eine globale Vision erforderlich. Dies könnte auf verschiedene Weise erreicht werden, u.a. durch einen anderen Ansatz bei Freihandelsabkommen, bei dem ein besonderes Augenmerk auf den Agrar- und Lebensmittelsektor gelegt und die Einhaltung gleicher Umwelt- und Sozialstandards zur Voraussetzung für Verhandlungen wird.

- Schutzausrüstungen und Schulungen müssen den Beschäftigten stets kostenlos zur Verfügung gestellt werden, und alle Landarbeiter/innen müssen in der Lage sein, eine offizielle Dokumentation zu erhalten, aus der hervorgeht, welche Art von Pestiziden sie während ihrer Arbeitstätigkeit einsetzen. Berufsbedingte Krebserkrankungen, die durch Herbizide auf Glyphosatbasis verursacht werden, sollten identifiziert, anerkannt und entschädigt werden.
- Die angekündigte Überarbeitung der relevanten Durchführungsverordnungen im Rahmen der Pflanzenschutzmittelverordnung sollte zu faireren und transparenteren Erneuerungsprozessen für Pestizide führen. Die wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden für die EU-Zulassung sollte nur auf veröffentlichten unabhängigen Studien unter Einbeziehung von Peer-Reviews beruhen. EFSA und ECHA sollten mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Kapazitäten aufzustocken und die Vergabe von unabhängigen Studien zu ermöglichen, damit so die höchsten wissenschaftlichen Standards eingehalten werden und die Gesundheit und Sicherheit von Beschäftigten und EU-Bürgern/innen geschützt wird.

## Was ist Glyphosat?

Glyphosat ist der am häufigsten verwendete Herbizid-Wirkstoff in Europa und weltweit. Glyphosat wurde 1974 von dem US-Chemieunternehmen Monsanto auf den Markt gebracht.<sup>1</sup> Heute wird es von fast 100 Herstellern weltweit produziert, von denen sich etwa die Hälfte in China befindet. Der Gesamtumsatz von Glyphosat wird auf 46.527 Tonnen des Wirkstoffs im Jahr 2017 in der EU 28+3 geschätzt. Insgesamt macht der Umsatz mit Glyphosat 33 % des gesamten Herbizidumsatzes in der EU 28+3 aus.<sup>2</sup>

Glyphosat ist ein nicht-selektives Herbizid, das alle auf dem Boden vorhandenen Pflanzen vernichtet. Es macht den Einsatz von Pflugmaschinen überflüssig oder reduziert ihn auf ein Minimum ("Null-Bodenbearbeitung"). Glyphosat wird eingesetzt, um Pflanzen (Unkräuter) auf Flächen zu unterdrücken und landwirtschaftliche und gärtnerische Flächen sowie Verkehrswege (insbesondere Gleisanlagen) von Bewuchs freizuhalten.

Glyphosat wird häufig in einjährigen Anbausystemen, auf mehrjährigen Kulturen und auf Grünland eingesetzt. In einjährigen Anbausystemen wird es meist vor der Aussaat, kurz nach der Aussaat der Kultur (im Voraufstadium) oder im Nacherntestadium zur Bekämpfung von Unkraut und Durchwuchs eingesetzt. Zu den einjährigen Anbausystemen, in denen Glyphosat eingesetzt wird, gehört eine Vielzahl von Kulturen (wie Mais, Raps, Getreide, Hülsenfrüchte, Zucker- und Futterrüben usw.). Es wird auch zur Vernichtung von Deckfrüchten und zur Sicherstellung der Austrocknung bestimmter einjähriger Kulturen in der Vorerntephase eingesetzt. In mehrjährigen Kulturen (wie z.B. Weinbergen, Obstplantagen, Olivenhainen usw.) wird Glyphosat zur Unkrautbekämpfung innerhalb oder zwischen den Pflanzenreihen eingesetzt. Schließlich wird Glyphosat zur Vernichtung von temporärem Grünland, zur lokalen Bekämpfung von mehrjährigen Unkräutern in Dauergrünland und zur Grünlanderneuerung eingesetzt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Heute im Besitz des deutschen Chemiekonzerns Bayer.

<sup>2</sup> Quelle: ENDURE-Erhebung 2019.

<sup>3</sup> Der anfängliche Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft war gering und auf das Sprühen vor der Ernte zur Unkrautvernichtung beschränkt. Seit der Einführung von gentechnisch veränderten Glyphosat-toleranten Nutzpflanzen auf dem US-Markt im Jahr 1996 ist der landwirtschaftliche Einsatz von Herbiziden auf Glyphosatbasis jedoch um das 300-fache gestiegen (von 0,36 Millionen Kilogramm (kg) im Jahr 1974 auf 113,4 Millionen im Jahr 2014).



## Bedenken hinsichtlich der Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Glyphosat.

Glyphosat-Produkte stehen im Verdacht, ein potenziell krebserregendes Risiko für den Menschen darzustellen und sollen für eine Vielzahl von Krebserkrankungen verantwortlich sein.

Das bedeutet, dass Beschäftigte in ganz Europa regelmäßig einem chemischen Produkt ausgesetzt sind, das möglicherweise ihre Gesundheit auf verschiedene Weise ernsthaft schädigt. Zu den potenziell gefährdeten Arbeitskräften gehören Parkangestellte, Landarbeiter/innen, Gärtner/innen und Forstarbeiter/innen. Nicht nur diejenigen, die das Unkrautvernichtungsmittel versprühen, können gefährdet sein, sondern auch diejenigen, die während oder nach der Ausbringung des Herbizids in ihrer Nähe arbeiten.

Bereits 2015 stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend für den Menschen" ein;<sup>4</sup> dies entspricht einem Karzinogen der Kategorie 1B (mutmaßlich) im EU-Klassifizierungssystem. Laut IARC wurden die am stärksten mit Glyphosat-Exposition assoziierten Krebsarten als Non-Hodgkin-Lymphom und andere lymphatische Krebsarten (d. h. Hodgkin-Lymphom (HL), Multiples Myelom (MM) und Leukämie) ermittelt. Der Bericht kam außerdem zu dem Schluss, dass die Glyphosat-Exposition DNA- und Chromosomenschäden in menschlichen Zellen sowie genotoxische, hormonelle und enzymatische Wirkungen bei Säugetieren verursacht. In jüngerer Zeit ergab eine Überprüfung bestehender Studien der Universität Washington,<sup>5</sup> dass die Exposition gegenüber Glyphosat das Krebsrisiko um 41 Prozent erhöht. Sie stellten fest, dass ein "zwingender Zusammenhang" zwischen der Exposition gegenüber Glyphosat und dem Non-Hodgkin-Lymphom besteht.

Eine 13-wöchige Pilotstudie des Ramazzini-Instituts in Bologna im Jahr 2019 zeigt, dass die Exposition gegenüber Glyphosat-basierten Herbiziden von der pränatalen Periode bis zum Erwachsenenalter endokrine Störungen und veränderte reproduktive Entwicklungsparameter bei männlichen und weiblichen Ratten induziert.<sup>6</sup> Eine aktuelle Studie hat bewiesen, dass Glyphosat im Falle einer Exposition während der Schwangerschaft als endokriner Disruptor wirkt.<sup>7</sup>

Eine aktuelle Studie hat bewiesen, dass Glyphosat im Falle einer Exposition während der Schwangerschaft als endokriner Disruptor wirkt.

Rückstände von Glyphosat und seinem primären Metaboliten, Aminomethylphosphonsäure (AMPA), werden häufig in der Luft (Chang et al., 2011), im Boden (Battaglin et al., 2014), im Wasser (Medalie et al. 2020) und in Lebensmitteln (FDA, 2019; Kolakowski et al., 2020; Ledoux et al., 2020; Zoller et al., 2018) nachgewiesen. Die Glyphosat-Exposition des Menschen in der Allgemeinbevölkerung ist weit verbreitet, in der Regel über die Ernährung (Fagan et al., 2020), wobei neuere Studien über steigende Glyphosat- und AMPA-Werte in Urinproben von Erwachsenen in der Allgemeinbevölkerung berichten (Conrad et al., 2017; Mills et al., 2017).

Im Jahr 2018 wurden Dewayne Lee Johnson, einem Schulhausmeister in Kalifornien, von einer Jury 289 Millionen US-Dollar zugesprochen, nachdem er nachgewiesen hatte, dass sein Non-Hodgkin-Lymphom durch ein Herbizid auf Glyphosatbasis verursacht wurde.

<sup>4</sup> <https://www.iarc.fr/wp-content/uploads/2018/07/MonographVolume112-1.pdf>

<sup>5</sup> Zhang et al, Exposure to glyphosate-based herbicides and risk for non-Hodgkin lymphoma: A meta-analysis and supporting evidence. *Mutat Res.* 2019 Jul - Sep; 781:186-206. Zum Thema Pestizideinsatz und Risiko von Non-Hodgkin-Lymphoid-Malignomen bei Landarbeitern/innen siehe auch diese [Studie](#) von 2019.

<sup>6</sup> Manservigi et al, The Ramazzini Institute 13-week pilot study glyphosate-based herbicides administered at human-equivalent dose to Sprague Dawley rats: effects on development and endocrine system; *Environ Health.* 2019 Mar 12;18(1):15. doi: 10.1186/s12940-019-0453-y.

<sup>7</sup> Siehe Studie "[Maternal urinary levels of glyphosate during pregnancy and anogenital distance in newborns in a US multicenter pregnancy cohort](#)", April 2021.



Dies führte zu zehntausenden weiteren Klagen und einer Auszahlung von 10,9 Milliarden US-Dollar durch Bayer.

Glyphosat wird auch dafür kritisiert, dass es Wasserwege verunreinigt,<sup>8</sup> Nicht-Ziel- und Nutzorganismen beeinträchtigt und über Jahre hinweg in der Umwelt verbleibt.

Glyphosat wird auch vorgeworfen, die Artenvielfalt in Ökosystemen zu verringern. Seit der Entwicklung von gentechnisch veränderten glyphosatresistenten Pflanzen sind nun die ersten glyphosatresistenten Unkräuter<sup>9</sup> bekannt.

## Aktuelle Situation bezüglich der Verwendung von Glyphosat in der EU

Am 27. November 2017 wurde ein Verbot von Glyphosat in der EU abgelehnt und die Zulassung des Wirkstoffs um 5 Jahre bis zum 15. Dezember 2022 verlängert. Grundlage für die Verlängerung der Zulassung waren die Bewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)<sup>10</sup>, die für die Risikobewertung von Pestiziden zuständig ist, und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA)<sup>11</sup>, die für die Gefahrenbewertung von Chemikalien verantwortlich ist.

Während die Bewertung der IARC im Jahr 2015 nur auf aussagekräftigen Beweisen und öffentlich zugänglichen Studien beruhte, basierten die Bewertungen der EFSA und der ECHA hauptsächlich auf unveröffentlichten, von der Industrie gesponserten Studien mit begrenzten und nicht schlüssigen Beweisen für den Menschen. Beide Bewertungen konzentrierten sich ausschließlich auf Glyphosat. Während jedoch die IARC Studien zu Produkten auf Glyphosatbasis als relevant erachtete, stuften die europäischen Institutionen sie als weniger relevant ein.

Die europäischen Institutionen stuften auch die Erkenntnisse aus veröffentlichter, von Fachkollegen überprüfter Literatur herab und betrachteten mechanistische Daten zur Genotoxizität als irrelevant. Es zeigte sich, dass diese wissenschaftlichen Einschätzungen weitgehend auf von Monsanto zur Verfügung gestellten Daten basierten. Tatsächlich hat ein Rechtsstreit in den USA ans Licht gebracht, wie Monsanto die wissenschaftliche Debatte manipuliert und die Öffentlichkeit über die Gefahren von Glyphosat getäuscht hat. Die *Monsanto Papers*<sup>12</sup> haben enthüllt, dass Monsanto seit Jahrzehnten weiß, dass Glyphosat (speziell Roundup) Krebs verursachen kann. Mit einer am 24. Oktober 2017 verabschiedeten Resolution hat sich das Europäische Parlament für ein vollständiges Verbot von Herbiziden auf Glyphosatbasis bis Dezember 2022 ausgesprochen.<sup>13</sup> In der Zwischenzeit haben immer mehr EU-Länder ein Verbot von Glyphosat in Betracht gezogen. [Hier](#) ein Artikel, der einen Überblick über die Situation gibt.

---

<sup>8</sup> Am 15. März 2017 erklärte der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) von ECHA Glyphosat zu einem Stoff, der schwere Augenschäden verursacht und mit lang anhaltender Wirkung toxisch für Wasserorganismen ist.

<sup>9</sup> Esp. Palmer amaranth (*Amaranthus palmeri*) und Horseweed (*Conyza sp.*).

<sup>10</sup> [Schlussfolgerungen](#) der EFSA zum Peer-Review von Pestiziden (2015).

<sup>11</sup> [Stellungnahme](#) von ECHA.

<sup>12</sup> Siehe mehr [hier](#).

<sup>13</sup> Siehe [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments vom 24. Oktober 2017 zu dem Entwurf einer Durchführungsverordnung der Kommission zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat.

## Aktueller Erneuerungsprozess

Am 10. Mai 2019 ernannte die Kommission vier Mitgliedstaaten (Frankreich, Ungarn, die Niederlande und Schweden), die gemeinsam als „Berichterstatter“ für die nächste Bewertung von Glyphosat fungieren. Diese Gruppe von Mitgliedstaaten wird als "Bewertungsgruppe für Glyphosat" ([Assessment Group on Glyphosate \(AGG\)](#)) bezeichnet.

Am 12. Dezember 2019 hat die [Glyphosate Renewal Group](#) (eine Gruppe von Unternehmen, die eine Erneuerung der Zulassung von Glyphosat in der EU anstrebt) einen Antrag auf Erneuerung von Glyphosat nach 2022 an die AGG, die anderen Mitgliedstaaten, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Kommission geschickt. Dieser Antrag leitet formal den Erneuerungsprozess in der EU ein, wie er in der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 vorgesehen ist.

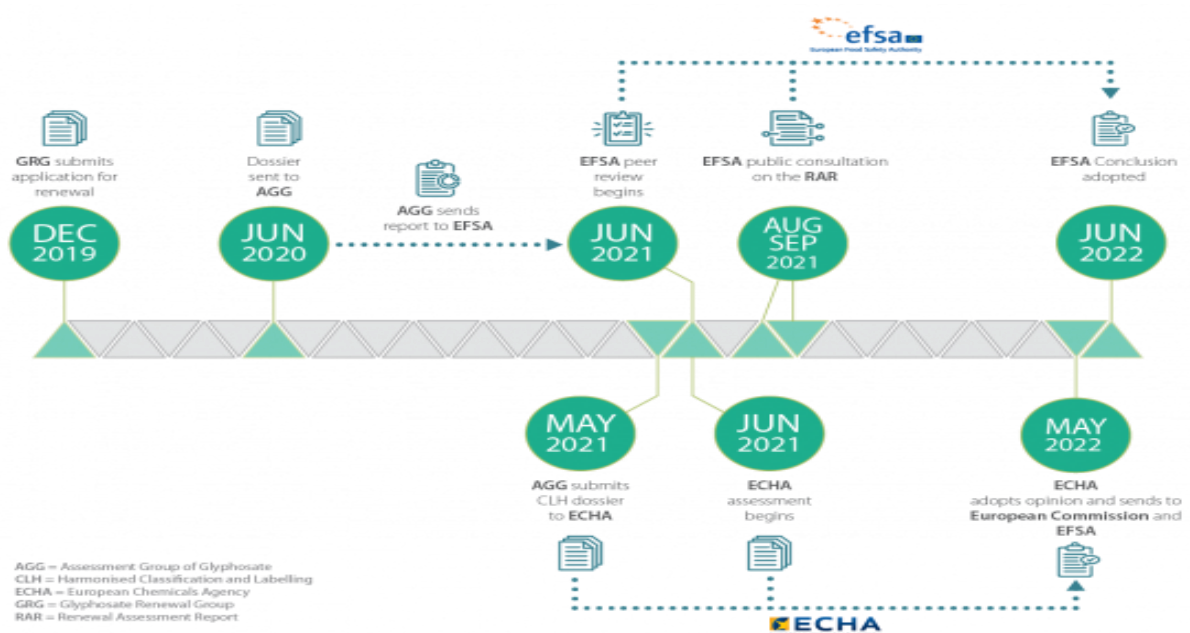
Der Antrag ist auf der Website der EFSA veröffentlicht. Er wurde vom AGG geprüft, um sicherzustellen, dass er die Anforderungen der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften ([Durchführungsverordnung \(EU\) Nr. 844/2012 der Kommission über das Verfahren zur Erneuerung von Wirkstoffen](#)).

Die ergänzenden Unterlagen, die den erforderlichen Satz an wissenschaftlichen Studien und Literaturdaten enthalten, wurden von der Glyphosate Renewal Group am 8. Juni 2020 (vor Ablauf der Frist am 15. Juni 2020) eingereicht.

Die AGG wird eine Zulässigkeitsprüfung der ergänzenden Dossiers durchführen, gefolgt von einer Bewertung aller verfügbaren Informationen, die nach Abschluss an die EFSA übermittelt wird (Frist Juni 2021), um den Peer-Review-Prozess einzuleiten.

Parallel zu der von EFSA geleiteten Bewertung wird ECHA die Einstufung und Kennzeichnung von Glyphosat überprüfen. Der Vorschlag für die Einstufung und Kennzeichnung durch ECHA wird im Jahr 2022 vor den Schlussfolgerungen der EFSA vorgelegt. Die Risikobewertung von ECHA basiert auf einer Einstufung der intrinsischen Eigenschaften (Gefahrenbewertung), während die der EFSA sowohl auf den intrinsischen Eigenschaften als auch auf der Exposition basiert (Risikobewertung). Die Schlussfolgerungen der EFSA sollen im Juni 2022 veröffentlicht werden. Die Kommission wird dann nach einer intensiven Konsultation mit den Mitgliedstaaten eine Entscheidung treffen.

Das folgende Diagramm stellt den aktuellen Erneuerungsprozess dar.





## EFFAT fordert ein Verbot von Glyphosat

EFFAT fordert die Europäische Kommission und die nationalen Regierungen auf, die folgenden Schritte zu unternehmen, um Beschäftigte, Bürger/innen und die Umwelt vor den Risiken der Exposition gegenüber Glyphosat und glyphosathaltigen Produkten zu schützen:<sup>14</sup>

### 1. Glyphosat muss in der EU sofort verboten werden

Der Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Landarbeiter/innen und der Arbeitsplätze hat für EFFAT oberste Priorität. Da es genügend Beweise für die Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Glyphosat für Arbeitskräfte, die menschliche Gesundheit und die Artenvielfalt gibt, fordert EFFAT das sofortige Verbot von Glyphosat als Wirkstoff in Herbizidprodukten im Rahmen des Erneuerungsprozesses, der voraussichtlich 2022 enden wird. Das Vorsorgeprinzip sollte die Bewertungen von EFSA und ECHA leiten.

Wird eine Übergangsfrist festgelegt, sollte sie so kurz wie möglich sein und nur für begrenzte Fälle bei der professionellen Anwendung gelten, während für Anwendungen in öffentlichen Bereichen, privaten Gärten, auf Bahngleisen, beim Austrocknen und in allen Fällen, in denen integriertes Pflanzenschutzmanagement (IPM) eingesetzt werden kann, das Verbot sofort gelten sollte. In jedem Fall sollte es ab 2024 keine Verwendung von Glyphosat in Europa mehr geben.

### 2. Anstehende Bewertungen von EFSA und ECHA müssen transparent und zuverlässig sein

EFSA, ECHA und die Europäische Kommission sollten ihre Bewertung in einer transparenten und zuverlässigen Weise durchführen, die frei vom Einfluss der agrochemischen Industrie ist.

Der Schutz der Gesundheit und Sicherheit der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte muss während der gesamten wissenschaftlichen Bewertung, die den Prozess leiten wird, als eine der Hauptprioritäten betrachtet werden. Der Einsatz von persönlicher Schutzausrüstung (PSA) sollte bei der wissenschaftlichen Bewertung keine herausragende Stellung einnehmen, da die PSA nachweislich nicht immer zur Verfügung steht und ihre Wirksamkeit häufig überschätzt wird.

Zusätzlich zu den öffentlichen Konsultationen von EFSA und ECHA sollten die Sozialpartner und andere interessierte Kreise weitere Zeit und Möglichkeiten erhalten, während des gesamten Prozesses informiert und konsultiert zu werden. Die Bewertungen sollten sich gleichermaßen auf veröffentlichte Peer-Reviews stützen und unabhängige Studien sollten stärker berücksichtigt werden.

### 3. Der Einsatz von nicht-chemischen Alternativen sollte unterstützt und gefördert werden

Alternativen zum Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Chemikalien existieren bereits und müssen weiter gefördert werden. Dazu gehören agronomische Praktiken, mechanische und biologische Unkrautbekämpfung, Weidehaltung und natürliche Herbizide.<sup>15</sup>

Glyphosat darf nicht durch andere gefährliche Chemikalien ersetzt werden. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten sollten verstärkt in die Forschung und Entwicklung von nachhaltigem Pflanzenschutz und nicht-chemischen Alternativen investieren.

Eine neue nachhaltige Landwirtschaft mit der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen ist möglich, aber sie braucht politischen Willen, eine klare Steuerung, stärkere Tarifverhandlungen und einen definierten Fahrplan für die Umsetzung.

<sup>14</sup> Mehr zu den Forderungen von EFFAT zu Glyphosat und Pestiziden in [HesaMag #23 - Spring 2021](#).

<sup>15</sup> Siehe diesen [PAN-Bericht](#) für weitere Informationen über bestehende Alternativen. Mehr Beispiele wurden während des EFFAT-ETUI-Seminars am 30. März 2021 vorgestellt.



Die Kommission sollte die Auswirkungen eines neuen nachhaltigen Landwirtschaftsmodells ohne schädliche Pestizide auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen eingehend prüfen. Bestehende Arbeitsplätze müssen geschützt und hochwertige neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem sollten während des gesamten Übergangs zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft angemessene Ressourcen für Landwirte/innen und Landarbeiter/innen bereitgestellt werden. Investitionen in Qualifikation, Ausbildung und einen guten sozialen Schutz für Landarbeiter/innen sollten Vorrang haben.

Schutzausrüstungen und Schulungen müssen den Beschäftigten stets kostenlos zur Verfügung gestellt werden, und alle Landarbeiter/innen müssen die Möglichkeit haben, eine offizielle Dokumentation zu erhalten, aus der hervorgeht, welche Art von Pestiziden sie während ihrer Arbeitstätigkeit verwenden.

#### **4. Ein globaler Ansatz für eine nachhaltigere Landwirtschaft ist erforderlich**

EFFAT unterstützt die ehrgeizigen Umweltziele des Green Deal und der "Farm to Fork"-Strategie, einschließlich des Ziels, den Einsatz und die Risiken von Pestiziden bis 2030 um 50 % zu reduzieren.<sup>16</sup>

Allein auf europäischer Ebene zu handeln, wird jedoch nicht ausreichen, um die Gesundheit der Verbraucher/innen zu schützen, unsere Ökosysteme und die Artenvielfalt zu erhalten sowie die Bodenerosion zu verhindern. Im Gegenteil, dies könnte Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Landwirtschaftssektors beeinträchtigen. Eine Vision für eine nachhaltigere Landwirtschaft ohne Glyphosat und andere gefährliche Chemikalien muss auf globaler Ebene verfolgt werden. Die EU sollte bei diesem radikalen Wandel an vorderster Front stehen, da die in der EU getroffenen Entscheidungen auch erhebliche Auswirkungen in anderen Ländern haben werden.<sup>17</sup> Es ist nicht akzeptabel, dass schädliche Pestizide, die in der EU bereits verboten sind, weiterhin von europäischen Agrochemieunternehmen produziert und exportiert werden. Lebensmittel, die mit in Europa verbotenen Pestiziden hergestellt werden, sollten nicht auf den EU-Markt gelangen.

Wenn die EU einen anderen Ansatz für Freihandelsabkommen (FHA) wählen würde, könnte dies dazu beitragen, eine nachhaltigere Vision für den Agrarsektor zu entwickeln. Landwirtschaft und Lebensmittel erfordern bei der Verhandlung von FHA immer besondere Aufmerksamkeit, da die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit dieser Sektoren fragil ist und leicht gestört werden kann. Außerdem muss die Einhaltung gleicher Umwelt- und Sozialstandards eine Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen sein.

#### **5. Die in der „Farm to Fork“-Strategie angekündigte baldige Überarbeitung des Rahmenwerks für Pflanzenschutzmittel muss zu transparenteren Erneuerungsprozessen für Pestizide führen**

Es hat sich gezeigt, dass die Bewertungen von ECHA und EFSA nicht transparent und zuverlässig sind. Die bevorstehende Überarbeitung der einschlägigen Durchführungsverordnungen unter dem Rahmenwerk für Pflanzenschutzmittel, wie in der Mitteilung der Kommission "Vom Erzeuger zum Verbraucher" angekündigt, sollte zu faireren und transparenteren Erneuerungsprozessen für Pestizide führen. Bei der wissenschaftlichen Bewertung von Pestiziden für die EU-Zulassung sollte veröffentlichten, von Fachleuten überprüften und unabhängigen Studien Vorrang eingeräumt werden. Die wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden für die EU-Zulassung sollte nur auf veröffentlichten, begutachteten und unabhängigen Studien beruhen. Jede berücksichtigte Studie sollte für die wissenschaftliche Überprüfung öffentlich zugänglich sein.

---

<sup>16</sup> Die anstehende Überarbeitung der Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden muss zum Anlass genommen werden, das angestrebte Ziel der Reduzierung des Pestizideinsatzes und der Erhöhung des Anteils an ökologisch bewirtschafteten Flächen in Europa in verbindliche Maßnahmen umzusetzen.

<sup>17</sup> Siehe [African plantation and farmworker unions urge EU to halt glyphosate reauthorization \(2016\)](#)



Die Sozialpartner sollten während des gesamten Prozesses voll einbezogen werden.

Darüber hinaus sollten EFSA und ECHA mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Kapazitäten aufzustocken, die Vergabe unabhängiger wissenschaftlicher Studien zu ermöglichen und weiterhin sicherzustellen, dass die höchsten wissenschaftlichen Standards eingehalten werden und die Gesundheit und Sicherheit der EU-Bürger/innen geschützt wird.

**6. Berufsbedingte Krebserkrankungen durch Herbizide auf Glyphosatbasis sollten in allen EU-Ländern anerkannt und entschädigt werden.**

Arbeitskräften mit hoher Exposition gegenüber Herbiziden auf Glyphosatbasis droht ein höheres Risiko, ein Non-Hodgkin-Lymphom zu entwickeln. Exponierte Beschäftigte mit dieser Art von Krebs sollten das Recht haben, dass ihre Krankheit als Berufskrankheit anerkannt wird, und müssen in allen EU-Mitgliedstaaten Anspruch auf eine angemessene Entschädigung haben.